HUMBOLDT-VIADRINA
Governance Platform

Tätigkeitsbericht 2020

Wir stärken Transparenz und Partizipation zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.

Datum: 09.06.2020

ÜBER DIE HUMBOLDT VIADRINA GOVERNANCE PLATFORM GGMBH 3

1. TRIALOGE® – EIN DELIBERATIVES DISKUSSIONSFORMAT ZUR FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN STAATSWESENS 4

1.1. Trialoge, Konferenzen und Workshops im Bereich Energiewende 6

1.1.1 Trialog im Rahmen des Projekts „Zusatznutzen als Treiber der energetischen Gebäudesanierung 6

1.1.2 Veranstaltungen im Projekt „Energiewende PartnerStadt“ 7

1.1.3 Veranstaltungen im Projekt „EnVision – Eine Vision für die Energiewende gestalten“ 10

1.1.4 Aktivitäten im Bereich „Partizipative Entwicklung in der Lausitz“ 11

1.1.5 Sonstige Aktivitäten unseres Trialog-Bereichs Energiewende 12

1.2. Trialoge und Workshops im Bereich Stadtentwicklung 13

1.2.1 Transnationaler Austausch im Trialog „Städte für Bürger*innen: Nachhaltige Stadtentwicklung in Berlin und Minsk“ 13

1.2.2 Multi-Stakeholder-Gespräche in Kooperation mit Vonovia zur Rolle der privaten Wohnungsgesellschaften 14

1.2.3 Weitere Aktivitäten 15

2. FÖRDERUNG VON TRANSPARENZ UND PARTIZIPATION DURCH GLOBALE MULTI-AKTEURS-PARTNERSCHAFTEN 15

2.1 Förderung von Transparenz und Partizipation in der globalen marinen Fischerei 16

2.2. Förderung von Transparenz des Klimahandelns der G20-Staaten 19

2.3 Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Europa als gemeinsame kommunale Entwicklung 24

In diesem Tätigkeitsbericht haben wir eine Vielzahl der von uns in 2020 durchgeführten Projekte und Initiativen beschrieben.

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, Sie Fragen zu unseren Aktivitäten oder Ideen für eine Zusammenarbeit haben, freuen wir uns auf Ihre Rückmeldung!

Kontakt:

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

Pariser Platz 6, 10117 Berlin

Internet: www.governance-platform.org

Über die HUMBOLDT VIADRINA Governance Platform gGmbH

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Erträge ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden (gGmbH). Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin.[1]

Wir setzen uns für die Förderung von demokratischen Prozessen und durchdachten Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt ein. Für uns gehört dazu wesentlich, die Legitimität und Nachhaltigkeit demokratischer Verfahren und Entscheidungen zu stärken, um somit einen Beitrag zur ***Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen*** zu leisten. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftsrelevante Entscheidungen nur dann gestärkt und legitimiert werden können, wenn der Austausch zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verbessert wird. Aus dieser Grundüberzeugung heraus entwickeln wir Governance-Konzepte und Projekte für nachhaltige und gemeinwohlorientierte Lösungen unter der Beteiligung möglichst diverser Perspektiven.

Wir konzentrieren uns dabei insbesondere auf zwei Prinzipien von Good Governance: ***Transparenz*** und ***Partizipation***. Beide Grundprinzipien spielen als identitätsstiftende, vertrauensbildende und gemeinschaftlichkeitsfördernde Elemente eine herausragende Rolle zur Stärkung von Good Governance. Sie beeinflussen das Interaktionsverhältnis aller Akteure. Erst wenn alle Betroffenen und Beteiligten ihre Interessen offenlegen (Transparenz) und sich in einem deliberativen Entscheidungsprozess zu einem bestimmten gesellschaftlichen Problem einbringen können (Partizipation), ist es überhaupt faktisch möglich, einen nachhaltigen Konsens zwischen diesen Interessen auszumachen.

Durch die Nutzung innovativer partizipativer Verfahren, in denen die unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Akteursgruppen ausgetauscht werden, wie etwa Multi-Akteurs-Partnerschaften oder die von uns entwickelten Trialoge®, machen wir Argumente und ihre Begründung transparent. Partizipative Verfahren erzeugen jedoch nicht nur durch Perspektivenaustausch eine Transparenz der Argumente; Partizipation benötigt ihrerseits auch Transparenz, d. h. alle relevanten Akteursgruppen müssen Zugang zu relevanten und für die Entscheidungsfindung notwendigen Informationen haben. Nur so können sich die Akteure effektiv in partizipativen Prozessen einbringen. Dies ist umso wichtiger bei großen gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich durch eine hohe Komplexität auszeichnen. Transparenz ist somit eine notwendige Voraussetzung, um ein gemeinwohlorientiertes Zusammenwirken von Politik, Unternehmen, der Zivilgesellschaft und Wissenschaft überhaupt erst zu ermöglichen. ***Partizipation und Transparenz greifen daher ineinander und sind gemeinsam Voraussetzungen für die nachhaltige Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.***

Unsere Aktivitäten beruhen auf dem Ansatz staatliche Akteure, Wirtschaft, organisierte Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien in jeweils unterschiedlichen Formaten mit dem Ziel zusammenzubringen, auf Herausforderungen aufmerksam zu machen, relevante Informationen transparent darzustellen, Konsense zu eruieren und kreative Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

[1] Im Folgenden als HUMBOLDT-VIADRINA abgekürzt.

1. Trialoge® – Ein deliberatives Diskussionsformat zur Förderung des demokratischen Staatswesens

Unsere Trialoge sind in der Regel ganztätige Veranstaltungen, die darauf abzielen, gesellschaftliche und politische Diskussionen fair und vertrauensbildend zu gestalten und Entscheidungsprozesse fundiert vorzubereiten. Das Trialog-Konzept ist ein von uns entwickeltes und erprobtes Format des deliberativen Austausches, um den Dialog zwischen Akteuren aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien zu organisieren und auszuwerten.

Durch ein auf Perspektivenvielfalt ausgelegtes Einladungsverfahren und einer öffnenden Moderation wird garantiert, dass eine Vielzahl an Positionen und Anliegen Eingang in die Diskussion finden – unabhängig von divergierenden Machtpositionen. Die Zusammensetzung der Teilnehmergruppe ist ein wichtiger Faktor für das Gelingen eines Trialogs: ein möglichst breites Spektrum an unterschiedlichen und oft auch antagonistischen Perspektiven ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die positiven Effekte der Perspektivenvielfalt im Sinne des Gemeinwohls genutzt werden können. Durchgängig werden bei den Trialogen auch Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeladen, wodurch das bürgerschaftliche Engagement zugunsten gemeinnütziger Zwecke gestärkt wird.

In den Trialog-Veranstaltungen werden die von den Teilnehmer*innen vorgetragenen Positionen und Argumente ***„deliberativ“***, also in einem ethischen Diskurs, auf ihre Haltbarkeit bzw. Triftigkeit hin geprüft. In der Moderation der Trialoge achten wir darauf, dass die unterschiedlichen Begründungen miteinander in Bezug gesetzt werden. So entwickeln sich Diskurse, die möglichst breit akzeptierbare Lösungen für politische und gesellschaftliche Fragen sichtbar machen.

Die Ergebnisse eines Trialogs müssen nachvollziehbar sein und nachhaltig auf politische Entscheidungsverfahren einwirken. Zu unserem Trialog-Konzept gehört deshalb auch eine gründliche Aufbereitung der Ergebnisse. Wir ermitteln durch eine methodisch reflektierte qualitative Textanalyse die Schnittstellen der unterschiedlichen Argumentationen. So stellen wir fest, welche Themen, Argumente und Begründungen der unterschiedlichen Akteure tatsächlich aufeinander Bezug nehmen und welches Gewicht Themen und Argumenten zukommt. Unser Ziel ist es, in zumeist öffentlich zugänglichen Berichten valide Grundkonsenskorridore aufzuzeigen, um beispielsweise im Vorfeld politischer Entscheidungen mögliche Wege offen zu legen, die auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz treffen würden.

Im Unterschied zu traditionellen Anhörungen, Lobby-Gesprächen oder Sachkonferenzen bieten unsere Trialoge eine breitere Basis der Erkenntnisse und erhöhen so die Chance auf Nachhaltigkeit. Davon profitieren alle Akteurs-Gruppen. Denn: ***eine Erkenntnis ist umso haltbarer, je zahlreicher die Perspektiven sind, die in ihr zum Tragen kommen***.

Trialoge tragen als Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen zur politischen und themenspezifischen Bildung der Gesellschaft bei. Durch die gemeinsame Erarbeitung von Lösungen zu gesellschaftlichen Fragestellungen mit unterschiedlichen Akteuren stärken sie das demokratische Staatswesen.

Kurzübersicht zu unseren Trialogen in 2020:

Es wurden vier Trialoge und sieben Multi-Akteurs-Veranstaltungen durchgeführt, an denen circa 300 Teilnehmer*innen teilgenommen haben, die aus über 100 Institutionen kamen.

- 16. Januar 2020| Trialog „Wandel mit Struktur: Beteiligungsformate zur Gestaltung der Transformation in der Lausitz“ (62 TN)
- 04.April 2020| Online Abschluss-Trialog in Kooperation mit dem Buildings Performance Institute Europe (BPIE) „Zusatznutzen der energetischen Gebäudesanierung“ (54 TN)
- 15.Mai 2020 |Multi-Akteurs-Fachworkshop digital: „Sorgenkind Windkraft – welche Rolle können Visionen und Leitbilder spielen, um den Stillstand zu überwinden?“ (15 TN)
- 25.06.2020 |Multi-Akteurs-Fachworkshop digital: „Mobilität der Zukunft – Visionen für eine gelungene Energiewende“ (15 TN)
- 18. August 2020 | Multi-Akteurs-Gespräch in Kooperation mit Vonovia zum Thema „Die Rolle privater Wohnungsgesellschaften für eine soziale und klimaverträgliche Wohnraumversorgung in Städten“ (16 TN)
- 17.09.2020 |Multi-Akteurs-Fachworkshop digital: „EU Green Deal – eine Vision für die Energiewende“ (15 TN)
- 23. September 2020 | Trialog in Kooperation mit der belarusischen NGO EKAPRAEKT in Berlin zum Thema „Städte für Bürger*innen: Nachhaltige Stadtentwicklung in Berlin und Minsk“
- 09.Oktober 2020 |Trialog Digital: „Bringen neue Visionen Schwung in die Energiewende?“ (40 TN)
- 17.12.2020 | Abschlusskonferenz EnVision – Visionen für die Energiewende gestalten (60 TN)
- 18.Dezember 2020 | Multi-Akteurs-Gespräch in Kooperation mit Vonovia zum Thema „Die Rolle privater Wohnungsgesellschaften für eine soziale und klimaverträgliche Wohnraumversorgung in Städten: Grundkonsense“ (13 TN)

Alle Trialog-Diskussionen wurden aufgezeichnet, transkribiert oder protokolliert und mit Methoden der qualitativen Sozialforschung ausgewertet. Diese Ergebnisse wurden in umfassenden Berichten aufgearbeitet und den Teilnehmenden sowie der Öffentlichkeit unserer Webseite unter www.governance-platform.org/mediathek zugänglich gemacht.. Die Berichte zu allen Trialogen wurden den jeweiligen Auftraggebern zur Verfügung gestellt.

1.1. Trialoge, Konferenzen und Workshops im Bereich Energiewende

1.1.1 Trialog im Rahmen des Projekts „Zusatznutzen als Treiber der energetischen Gebäudesanierung

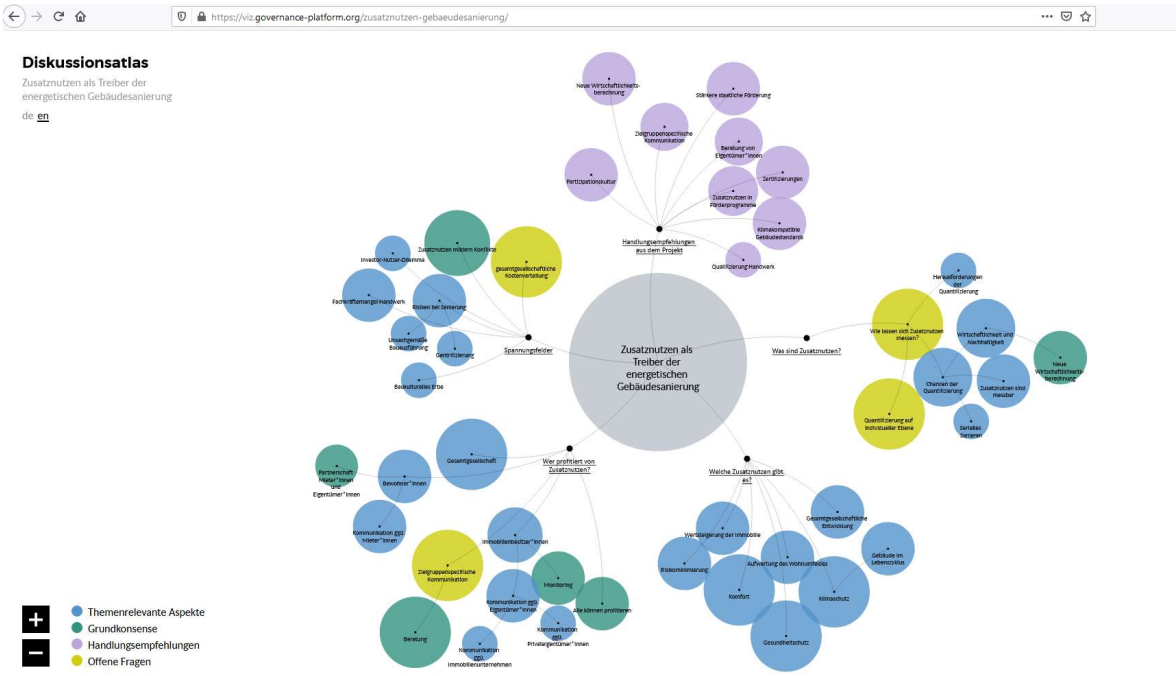
Das Projekt „Zusatznutzen als Treiber der energetischen Gebäudesanierung“ hatte zum Ziel, mehr Klarheit in die gesellschaftliche Debatte über die vielfältigen Nutzen (Multiple Benefits) der energetischen Sanierung zu bringen. Das Projekt wurde von der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform (HVGP) und dem Buildings Performance Institute Europe (BPIE) durchgeführt und durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert.

Dem Gebäudesektor kommt eine besonders hohe Relevanz für den Klimaschutz zu: Ineffiziente Heiztechniksysteme und schlechte thermische Außenhüllen machen den Gebäudesektor zu einem zentralen Verursacher von Treibhausgasemissionen. In Deutschland sind Gebäude für 35 % des Endenergieverbrauchs verantwortlich und produzieren knapp ein Drittel aller Treibhausgasemissionen. Mit der aktuellen Sanierungsrate von 1 % pro Jahr würde es noch Jahrzehnte dauern, um den heutigen Bestand auf das angestrebte niedrige Verbrauchsniveau zu bringen. Die energetische Sanierung von Gebäuden verringert die Energiekosten und erhöht Energiesicherheit, sie schafft Arbeitsplätze, erhöht den Komfort und Gesundheitsschutz seiner Nutzer*innen und bringt ökologische Vorteile in Form von verbesserter Luftqualität und niedrigeren Emissionen.

03.04.2020 | Digitaler Trialog: Die Abschlussveranstaltung des Projekts fand unter dem Titel „Gesundheit, Klimaschutz, Wertsteigerung – Wie Zusatznutzen die energetische Gebäudesanierung vorantreiben können“ erstmalig im Format eines Online-Trialogs am 3. April 2020 statt. 54 Verteter*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik & Verwaltung, organisierter Zivilgesellschaft und Medien nahmen am ersten Online-Trialog teil. Die Mehrheit der Teilnehmenden war sich einig, dass die gesundheitlichen und klimarelevanten Zusatznutzen der Sanierung von Wohngebäuden sehr hoch sind und diese in der Kommunikation zu energetischer Sanierung noch stärker hervorgehoben werden müssen.

Visualisierung der Projektergebnisse im interaktiven Diskussionsatlas:

Zum ersten Mal wurden die Ergebnisse aus den insgesamt vier Veranstaltungen des Projekts in einem interaktiven Diskussionsatlas aufgearbeitet.[2]



Mit diesem neuartigen Format möchten wir einen ebenso ansprechenden und unterhaltsamen wie informativen Beitrag zur Debatte rund um Zusatznutzen der energetischen Gebäudesanierung leisten.

1.1.2 Veranstaltungen im Projekt „Energiewende PartnerStadt“

Ziel des Projekts „Energiewende PartnerStadt“ ist es, über Ländergrenzen hinaus Know-how und Erfahrungen zur lokalen Energiewende auszutauschen, den Technologietransfer im Bereich Erneuerbare Energien zu erleichtern und den Zusammenhalt in Europa zu unterstützen. Das Projekt wird von der HUMBOLDT-VIARDINA Governance Platform in Kooperation mit der Agentur für Erneuerbare Energien e.V. durchgeführt und vom Auswärtigen Amt (AA) gefördert.

Die Expertenjury, bestehend aus HVGP, AEE, AA, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU), hatte sich im März 2019 für die fünf Kooperationen auf Basis von eingereichten Projektideen entschieden.

- Alheim (Hessen) – Dunleer/Louth (Irland)
- Braunsbedra (Sachsen-Anhalt) – Kozani (Griechenland)
- Marburg-Biedenkopf (Hessen) – Koscierzyna (Polen)
- Pfaffenhofen (Bayern) – Galway (Irland)
- Steinhagen (Nordrhein-Westfalen) – Woerden (Niederlande)

[2] Der interaktive Diskussionsatlas kann unter folgender Internetadresse aufgerufen werden: https://viz.governance-platform.org/zusatznutzen-gebaeudesanierung/

Seit Mai 2019 tauschen sich die fünf Energiewende Partnerstadtpaare in Workshops und Veranstaltungen aus, vernetzen sich, lernen voneinander und unternehmen Exkursionen zu erfolgreichen Praxisbeispielen. Mit dem Projekt werden sowohl Vorbild-Kommunen in ihrem Transformationsprozess unterstützt und das gegenseitige Verständnis für energiewirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Interessen vertieft als auch Ideen für die Herausforderungen der kommenden Jahre entwickelt: etwa der Übergang von Kohlestrom zu Erneuerbaren Energien oder die Förderung von Klimabildung oder die genossenschaftliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.

In 2020 konnten nicht alle Veranstaltung wie geplant stattfinden: Der für Mai geplante Austausch in Galway mit Vertreterinnen und Vertretern aus Paffenhofen musste abgesagt und die Abschlusskonferenz gegeplant für November auf das I. Quartal 2021 verschoben werden.

Stattfinden konnten vor Ort:

24.-27. Februar 2020 | Austausch in Kozani (Griechenland) mit Braunsbedra

Am 24. und 25. Februar 2020 empfing die Stadt Kozani mit Bürgermeister Maloutas Lazaros die Gäste aus Braunsbedra. Die deutsche Delegation bestand aus Mitarbeiter*innen der Politik, der Verwaltung sowie dem Merseburger Innovations- und Technologiezentrum. Für die Workshops brachten die griechischen Organisator*innen aus dem Umwelt-Referat der Stadtverwaltung alle relevanten Stadträte und kommunale Unternehmen aus Kozani zusammen.

Beide Seiten tauschten sich besonders intensiv über die Verwendung von Bioenergie und Ersatzbrennstoffen für das lokale Wärmenetz aus. In Braunsbedra wird bereits ein Heizkraftwerk mit Rest- und Abfallstoffen mit einer Kapazität von 30 Megawatt betrieben. Für Kozani erarbeiten derzeitig das Waste Management System of Western Macedonia sowie das Cluster of Bioeconomy and Environment of Western Macedonia mögliche Lösungen, um die Müllverbrennung und Bioenergie für die Wärmeerzeugung nutzbar zu machen.

Auch die Nutzung und Rekultivierung der Tagebaue sind in beiden Städten ein wichtiges Thema. In Kozani soll ein Photovoltaik-Ausbau bis zu zwei Gigawatt auf diesen Flächen erfolgen. Braunsbedra errichtete mit der „Marina“ auf den gefluteten Baggerseen ein touristisch attraktives Naherholungsgebiet rund um den Geiseltalsee.

Am ersten Workshoptag führte eine Exkursion die deutschen Gäste zum Tagebaues Ptolemaida und dem West Macedonia Lignite Center, wo sich alle Teilnehmenden ein Bild von den Dimensionen des Strukturwandels machen konnten. Ein weiterer Ausflug hatte das Ilarionas Wasserkraftwerk zum Ziel, das seit 2014 in Betrieb ist und über eine Leistung von 150 Megawatt verfügt. Der erzeugte Strom des Wasserkraftwerkes reicht nicht für die Grundlast aus, sondern springt ein, sobald es Bedarf gibt. Im Vergleich zu Kohlekraftwerken kann das Erneuerbare Kraftwerk jedoch wesentlich flexibler an- und abgeschaltet werden.

27.-30. September 2020 | Austausch Landkreis Marburg-Biedenkopf zu Gast in Koscierzyna (Polen)

Am 28. und 29. September 2020 fand der deutsch-polnische Workshop unter strengen Hygienevorschriften in Kościerzyna statt. Seit mehr als 15 Jahren unterhalten die Landkreise Marburg-Biedenkopf und Kościerzyna eine Partnerschaft, um durch den gegenseitigen Austausch europäische Themen wie die Energiewende lokal zu bewegen. Die Delegation wurde im Landratsamt der Stadt

Kościerzyna von der Landrätin Alicja Żurawska in Empfang genommen. Sie betonte die Notwendigkeit des Wissenstransfer, um auf beiden Seiten die Energiewende voranzubringen.

Kern des Austausches waren Bildungsworkshops an zwei Schulen des Landkreises Kościerzyna. An der Grundschule sowie an der weiterführenden Schule, wurde den Schüler*innen der Klimawandel zunächst theoretisch nähergebracht, damit sie nachvollziehen können, welche Rolle erneuerbare Energien zum Schutz des Klimas sowie der Schonung der planetaren Ressourcen spielen. Nach der inhaltlichen Einführung ging es in die Praxis: Die Grundschulkinder bauten unter Anleitung des Teams aus Marburg-Biedenkopf „SolarCup-Boote“ aus recycelbaren Plastikflaschen und Verpackungen. Die älteren Schüler*innen bauten mithilfe von einem Erklärvideo und einer schriftlichen Anleitung „SolarCup-Autos“. Nach dem erfolgreichen Bau wurden die Fahrzeuge anschließend auf den jeweiligen Schulhöfen getestet. Die in Marburg gebaute Rennstrecke für die Autos wurde der polnischen Schule zudem als Gastgeschenk überreicht. Beide Projekte erfuhren von den Schüler*innen, den polnischen Lehrkräften und den anwesenden Amtsträger*innen viel Zuspruch.

Außerdem wurde der kommunale Energie-, Wärme- und Wasserversorger von Kościerzyna „Kos-Eko“, gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt, Michał Majewski, besichtigt. Da Polens Energieversorgung aktuell noch stark von der Kohleverstromung abhängt, das Land jedoch bis zum Jahr 2050 die europäischen Klimaziele erreichen möchte, stellt Kos-Eko seine Energieerzeugung zunehmend auf Gas sowie vor allem auf Biomasse um. Es setzt außerdem verstärkt auf Kraft-Wärme-Kopplung.

Auch mit dem Bürgermeister der Gemeinde Kościerzyna, Grzegorz Piechowski, kam es zu einem Gespräch über die Finanzierbarkeit der Erneuerbaren Energien und die Vorbildrolle der Gemeindeverwaltung. Ein Erfolg in der Region ist die Installation von zwei Photovoltaik-Freiflächen mit jeweils 5 MW und 1,5 MW Leistung. Die langjährige Partnerschaft mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf, wurden als gutes Beispiel für den Erfahrungsaustausch in der Energiewende benannt.

Online fanden statt:

15.Mai 2020 | Webinar: Klimakommunikation in Zeiten von Covid-19 - Austausch der Energiewende PartnerStädte

Die Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) und die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform (HVGP) haben alle Städtepartnerschaften zum digitalen Austausch am 15. Mai 2020 eingeladen, um die neuartige Situation durch Corona und deren Auswirkung auf die Arbeit von Kommunen inbesondere im Bereich der Energiewende zu besprechen. Darüber hinaus wurden den Kommunen einige Kniffs zur digitalen Kommunikation an die Hand zu geben und die bisherigen Erfahrungen ausgetauscht.

10. November 2020 | Webinar: Welche Rolle spielt Wasserstoff auf der kommunalen Ebene in Europa?

Der Online-Workshop bildete die komplexen Möglichkeiten und Herausforderungen des Aufbaus einer europäischen Wasserstoffwirtschaft ab. Inhaltliche Inputs erfolgten durch Simon Müller, Energieexperte und Abteilungsleiter Energiesysteme bei ENERTRAG, der den allgemeinen Grundlagen zu Wasserstoff erläuterte, durch Bernd Westphal, wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, der die europäische Wasserstoffstrategie vorstellte, und Fabian Schmitz-Grethlein, Bereichsleiter Energiesystem und Energieerzeugung beim Verband Kommunaler Unternehmen (VKU), der auf die Rolle der Kommunen im Rahmen einer Wasserstoffinfratstruktur einging. Der letzte Input des Workshops befasste sich mit dem HyStarter-Projekt in Marburg-Biedenkopf, welches durch den Energiecoach des Landkreises Erich Weber vorgestellt wurde. In der Diskussion zeigte sich wiederholt, wie

wichtig der kommunale Austausch über europäische Grenzen hinweg ist, um Themen aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, gemeinsam Anknüpfungspunkte und Synergien ausfindig zu machen und somit gleichzeitig zum gemeinsamen Lernen über die Energiewende sowie eine europäische Verständigung beizutragen.

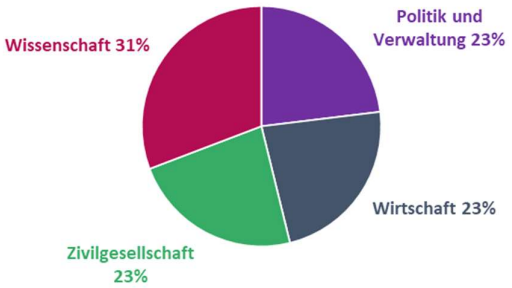
1.1.3 Veranstaltungen im Projekt „EnVision – Eine Vision für die Energiewende gestalten“ (2020)

Spannungsfelder und Gegensätze prägen die Energiewende und den öffentlichen Diskurs um die hierfür nötigen Schritte. Eine große Mehrheit der Bevölkerung gibt regelmäßig in Umfragen an, die Ziele der Energiewende zu unterstützen. Doch geht es an die konkrete Umsetzung, entstehen Konflikte über Verantwortlichkeiten, Teilhabe, finanzielle Belastungen, Auswirkungen auf Umwelt und Natur und vor allem Gerechtigkeit. Zugleich mobilisiert die Energiewende aber auch neue Kräfte und motiviert Initiativen von Kommunen und Bürger*innen in Form von Energiegenossenschaften, innovativen Modellprojekten und neuen Beteiligungsformaten. Das Projekt EnVision hat diese Gegensätze in den Blick genommen und untersucht, ob eine gemeinsame Vision neuen Schwung in die Energiewende bringen könnte, um diese Hürden zu überwinden.

Folgende Aktivitäten und Veranstaltungen fanden in diesem Projekt statt:

28.01.2020 | Auftaktveranstaltung: Auf der Auftaktveranstaltung am 28. Januar 2020 diskutierten 17 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, welche Entwicklungen die Energiewende derzeit ausbremsen und wie bestehende Widersprüche und Spannungsfelder überwunden werden könnten. Eine zentrale Frage war, ob dazu eine gemeinsame Vision notwendig sei und wie diese gestaltet werden müsste, um die Mehrheit der Gesellschaft zu motivieren. Die halbtägige Veranstaltung wurde von der Grafik- und Kommunikationsagentur Ellery Studio begleitet. In einem „Gallery Walk“ veranschaulichte diese Konfliktfelder der Energiewende, Best-Practice-Beispiele und die Bedeutung von Visionen, um die Teilnehmenden für die Diskussion zu inspirieren.

<u>Januar bis Mai 2020:</u> 25 Interviews und Entwurf Thesenpapier



Wirtschaft (6): u.a. Stadtwerke München, Bundesverband Windenergie, EWS Schönau, Deutsche Bahn AG, 50 Hertz

Politik & Verwaltung (6): u.a. D. Messner – Umweltbundesamt, B. Hendricks – MdB SPD, L. Köhler MdB FDP, B. Tischler OB Bottrop

Zivilgesellschaft (6): u.a. Extinction Rebellion, Caritas Deutschland, Vernunftkraft e.V., Mehr Demokratie e.V.

Wissenschaft (7): u.a. M. Horx – Zukunftsinstitut, L. Reisch-Copenhagen School of Business, O. Renn – IASS, A. Grunwald – KIT, F. Eckardt – Forschungsstelle Nachhaltigkeit

15.Mai 2020 | Digital-Fachworkshop: „Sorgenkind Windkraft – welche Rolle können Visionen und Leitbilder spielen, um den Stillstand zu überwinden?“ mit 15 Teilnehmenden

29.05.2020 | Digitales Steuerungstreffen: EnVision – Diskussion mit dem Steuerungskreis zu Thesenpapier und Zwischenergebnissen mit 16 Teilnehmenden

25.06.2020 | **Digital-Fachworkshop**: „Mobilität der Zukunft – Visionen für eine gelungene Energiewende“ mit 15 Teilnehmenden

17.09.2020 | Digital-Fachworkshop: „EU Green Deal – eine Vision für die Energiewende“ mit 15 Teilnehmenden

09.10.2020 | Digitaler Trialog: „Bringen neue Visionen Schwung in die Energiewende“ > die Veranstaltung war als hybrides Format geplant, musste aber schließlich aufgrund der aktuellen Corona-Lage rein digital mit 40 Teilnehmenden stattfinden.

17.12.2020 | Digitale Abschlusskonferenz „EnVision – Visionen für die Energiewende gestalten“ mit Paneldiskussionen und Videos[3] zu den Projektergebnissen

1.1.4 Aktivitäten im Bereich „Partizipative Entwicklung in der Lausitz“

Der Kohleausstieg ist beschlossen: die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ legte am 26. Januar 2019 ihren Abschlussbericht vor mit der Empfehlung, bis spätestens 2038 aus der Kohleenergie auszusteigen und die betroffenen Regionen mit Strukturhilfen zu unterstützen. Mit den Gesetzen zur Strukturstärkung und dem Kohleausstieg werden diese Empfehlungen umgesetzt. Dennoch bleibt manches aus Sicht vieler beteiligter Akteure umstritten, anderes unklar. Die Diskussionen zwischen den gesellschaftlichen Akteuren befassen sich mit energie- und klimapolitischen Fragen, mit wirtschaftlichen Auswirkungen und möglichen Gegenmaßnahmen sowie finanziellen, sozialen und kulturellen Aspekten der Beendigung der Kohleverstromung. Das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) geförderte Projekt „Partizipatorische Entwicklungsstrategie für die Lausitz“ (2019/20) fokussierte sich auf die Frage, wie der Kohleausstieg in der Lausitz von den Bürgerinnen und Bürger vor Ort zunehmend als Chance wahrgenommen werden könnte. Denn gerade in der strukturschwachen Lausitz leistet Kohle seit langem einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung und ist aufgrund der historischen Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufschwung auch identitätsstiftender Faktor. Dabei geht das Projekt davon aus, dass neben wirtschaftlichen Alternativen zur Kohleindustrie der Ausbau der Infrastrukturen, klug angelegte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen vor Ort und das Zusammenwirken mit Unternehmen, lokaler Politik und Wissenschaft wesentliche Erfolgsfaktoren für einen gelungenen Transformationsprozess darstellen.
Ziel des Projektes „Partizipatorische Entwicklungsstrategie für die Lausitz“ ist es, Fragen der Kultur und Identität in den Strukturwandelprozess zu integrieren sowie Vertrauen durch Teilhabe und damit Mut und Zuversicht zu fördern. Das Projekt möchte den Umgang mit Perspektivenvielfalt sowie mit Argumenten und Begründungen als Grundlage der Kooperation und Zukunftsgestaltung unterstützen. Im Rahmen des neunmonatigen Projekts haben neben dem Trialog in Berlin zwei Workshops in der Lausitz stattgefunden, auf denen insgesamt ca. 70 Akteure aus Politik & Verwaltung, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft

[3] Die Videos sind auf dem HVGP YouTube-Kanal zu sehen: https://www.youtube.com/channel/UCXmOZzm9qu_IIbcbN-dPjlQ

und Wissenschaft sowie Kulturschaffende anwesend waren. Die große Mehrheit der Teilnehmenden kam aus der Lausitz. Es wurden aber auch explizit externe Akteure hinzugeladen, um auch die überregionale Expertise und Perspektive als Impulsgeber und Reflexionsfläche einzubringen.

16.1.2020 | Abschlussveranstaltung des Projekts „Partizipatorische Entwicklungsstrategie

Auf dem abschließenden Trialog am 16. Januar 2020 diskutierten Stakeholder aus Politik & Verwaltung, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und aus der Wissenschaft über diese Themen.

Die Ergebnisse der Diskussionen, die Vorstellung verschiedener Beteiligungsprojekte sowie Handlungsoptionen wurden im Bericht „Wandel mit Struktur – Beteiligungsformate zur Gestaltung der Transformation in der Lausitz“ wissenschaftlich ausgearbeitet und der Öffentlichkeit über unsere Website zur Verfügung gestellt.[4]

1.1.5 Sonstige Aktivitäten unseres Trialog-Bereichs Energiewende

27.8. 2020 | Zukunftskongress: Der Trialog-Bereich Energiewende war mit einem Workshop am Kongress Zukunft für alle: gerecht.ökologisch.machbar. beteiligt. Organisiert wurde der Kongress vom Konzeptwerk Neue Ökonomie und fand vom 25.-29.08.2020 in Leipzig und - bedingt durch Corona - vor allem digital statt. Auf dem Kongress ging es darum, soziale Bewegungen zur Frage zu vernetzen, wie durch Visionen und umsetzbare Pläne eine gerechte Welt geschaffen werden kann. Der
Unter dem Workshoptitel „Klimaschutz scharf gestellt – bringt eine Vision die Energiewende voran?“ diskutierten mit einem Teilnehmerkreis aus der Zivilgesellschaft und organisierten Zivilgesellschaft die Zwischenergebnisse aus dem Projekt EnVision. Moderiert wurde die Veranstaltung von Anja Bodenstein, den Hintergrund zum Projekt stellte Katja Treichel vor. Wir fragten die Teilnehmer*innen, wie sie zu den einzelnen Thesen des Projekts stehen, etwa ob die Energiewende ein Kommunikationsproblem hätte, es mehr Beteiligungsmöglichkeiten brauche oder ob eine Vision nötig sei, um die Energiewende in Deutschland voranzubringen, und die Gesellschaft stärker hinter der Idee zu versammeln: Von „acceptance to embracement“. Die Teilnehmer*innen unterstützten die Projektthesen mehrheitlich und brachten neue Gedanken ein. So hätte beispielsweise Fridays for Future dazu beigetragen, dass die Energiewende für junge Leute an Attraktivität gewinnt. Darüber hinaus sei es wichtig, dass die Fakten in den Medien richtig dargestellt würden. Zwar sei ausreichend Wissen vorhanden, aber dieses müsse so aufbereitet werden, dass auch positive und für alle verständliche Narrative entstehen können. Wichtig sei auch, bereits früh in der Bildung anzusetzen: die Energiewende würde viel zu wenig in Schulen besprochen. Hier gibt es viele Potentiale.

[4] https://www.governance-platform.org/documents/bericht-trialog-wandel-mit-struktur/

1.2. Trialoge und Workshops im Bereich Stadtentwicklung

1.2.1 Transnationaler Austausch im Trialog „Städte für Bürger*innen: Nachhaltige Stadtentwicklung in Berlin und Minsk“

Das Projekt unterstützte den Austausch von Stakeholdern zu Herausforderungen, Erfahrungen, Risiken und Lösungen von nachhaltiger, partizipativer Stadtentwicklung. In Berlin und Minsk wird derzeit auf ganz unterschiedliche Weise die Zukunft der Stadt geprägt: Die Covid-19-Pandemie und die politische Situation nach der belarusischen Präsidentschaftswahl im August 2020 stellen die Zivilgesellschaft vor nie dagewesene Herausforderungen. Das Themengebiet der Stadtentwicklung ist durch seinen sozio-räumlichen Bezug prädestiniert dafür, Zukunftsfragen anschaulich zu verhandeln: Fragen der Stadtgestaltung sind Fragen der Gesellschaftsgestaltung. Wer nachhaltige Stadtentwicklung betreiben will, braucht Lösungen, die für alle beteiligten Stakeholdergruppen tragfähig sind – und gleichzeitig zukünftige Entwicklungen mitbedenken. In Zeiten großer Ungewissheit ist hierfür Pionierarbeit gefragt. In beiden Ländern machen zivilgesellschaftliche Akteure Erfahrungen mit Initiativen für nachhaltige Stadtentwicklung. Der Austausch im Trialog ermöglicht es, sich einen Einblick in neue Best-Practice-Beispiele in den Städten zu verschaffen und wertvolle Verbindungen zu wichtigen lokalen Akteuren aufzubauen. Durch voneinander und miteinander Lernen sollen der Erfahrungsaustausch von (erfolgreichen) Beispielen und die gemeinsame Lösungssuche initiiert werden, kann Übertragbarkeit und Leapfrogging gelingen und Motivation für weitere Initiativen oder urbane Innovationen. Denn: Zukunft wird vor Ort gemacht.

Das Projekt bestand aus einem digitalen Austuasch organisiert in Berlin (September 2020) und in Minsk (November 2020) und vier folgenden anschließenden spezifischen digitalen Expert*innentreffen (Dezember 2020).

23. September 2020 | Trialog in Berlin: Gemeinsam Stadt gestalten Das Projekt „Trialoge für nachhaltige Stadtentwicklung“ (2020) bot einen digitalen Austausch von September bis Dezember 2020 von Akteuren aus Politik und Stadtverwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft, um Lösungen für nachhaltige Stadtentwicklung in Berlin und Minsk zu diskutieren. Das Projekt wurde gemeinsam mit der belarusischen NGO EKAPRAEKT umgesetzt. Im Rahmen eines internationalen digitalen Trialogs zur nachhaltigen Stadtentwicklung kamen verschiedene Akteure zum Thema zusammen. Am Trialog nahmen zehn Expert*innen aus Belarus und zehn Expert*innen aus Deutschland teil, um ihre Erfahrungen und gemeinsame Perspektiven der nachhaltigen Stadtentwicklung zu besprechen.

25. November 2020 | Trialog in Minsk: Wege zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Krisen- und Transformationszeiten Im Anschluss trafen in einem digitalen Trialog in Minsk Vertreter*innen aus Belarus mit Akteuren der Berliner Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und öffentlicher Verwaltung zusammen. Der Austausch ermöglichte es, sich einen Einblick in neue Best-Practice-Beispiele der nachhaltigen Stadtentwicklung zu verschaffen und wertvolle Verbindungen zu wichtigen lokalen Akteuren aufzubauen. Ziel war es, im Trialog Lösungsvorschläge für die nachhaltige Stadt zu entwickeln.

Dezember 2020 | Follow-Up: Nachbarschaften im Fokus
Die Trialoge, die in Berlin und Minsk durchgeführt wurden, dienten dazu relevante Themen zu identifizieren, die die Grundlage für Expert*innengespräche im Dezember 2020 bildeten. Ziel der Expert*innengespräche war es, spezifische Probleme der Stadt Minsk zu besprechen, Kommentare und Ratschläge belarusischer und deutscher Expert*innen zu sammeln und konkrete Arbeitsbereiche für die

zukünftige Zusammenarbeit zu skizzieren. Folgende Themen wurden bei den Diskussionsrunden besprochen:

- Graswurzelinitiativen: Wie können Anwohner*innen bei der Gestaltung ihrer Quartiere unterstützt werden?
- Bewahrung des kulturellen und historischen Erbes der Stadt durch gemeinsame Initiativen aller Stakeholdergruppen
- Naturbasietere Stadtentwicklung: Wie können Initiativen vor Ort Grundflächen und Stadtnatur erhalten bzw. ausbauen?
- Städtische Mobilität und nachhaltige Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in Minsk

Im Laufe der Expert*innengespräche wurde deutlich, dass die wachsenden Graswurzelinitiativen umfassende Hilfestellungen benötigen - rechtliche Beratung, fachliche Unterstützung von Architekt*innen und Vermittlung bei der Organisation der lokalen städtebaulichen Initaitiven. Auch der Einblick in Best-Practice-Beispiele in anderen Städten und Ländern, unter anderem in Berlin, spielt dabei eine große Rolle. Darüber hinaus wurde festgehalten, dass ein Erfahrungsaustausch zwischen lokalen Initiativen notwendig sei. Um die Kommunikation zwischen Expert*innen und Anwohner*innen zu erleichtern, wurde vom Trialog-Projekt zusammen mit der Initiative "Städte für Bürger*innen" der Telegram-Kanal "Gorad dla Garadzhan" ins Leben gerufen.

1.2.2. Multi-Stakeholder-Gespräche in Kooperation mit Vonovia zur Rolle der privaten Wohnungsgesellschaften

Wohnen in Ballungsräumen stellt Stadtgesellschaft, Politik und private Wohnungsunternehmen vor herausfordernde Fragen nach Mieten, Neubau, Quartiersentwicklung und Verdichtung. Vor allem durch den fortdauernden Bevölkerungsanstieg übersteigt die Wohnungsnachfrage oft das Angebot. Steigende Wohnkosten, widerstreitende Interessen auf dem Immobiliensektor und verhärtete Fronten der beteiligten Akteure prägen die derzeit angespannte Debatte. Der Protest von Bewohner*innen richtet sich dabei oft gegen die zunehmende Privatisierung des Wohnungsmarktes und gegen Gentrifizierungsprozesse.

Zur Befriedung von städtischen Konflikten im Sinne einer Kultur der Partizipation auf Stadtebene bedarf es einer gemeinsamen Gesprächsebene der verschiedenen Akteure und eines Austausches über die Verantwortung auch von privaten Wohnungsunternehmen.

Die Multi-Akteurs-Gespräche zur Wohnraumversorgung in Städten bieten im vertrauten Rahmen die Möglichkeit an darüber zu diskutieren, wie eine Kommunikations- und Kompromissfähigkeit der beteiligten Akteure gefördert und mit welchen Handlungsoptionen die widerstreitenden Positionen zueinander gebracht werden können. Unter der Moderation von **Prof. Dr. Gesine Schwan** diskutieren jeweils 13-16 Akteure über aktuelle Themen der Wohnraumversorgung in Berlin im Allianz Forum. Die vier-stündigen Gespräche werden als Nachmittagsveranstaltungen geplant.

Gespräch: Die Rolle privater Wohnungsgesellschaften für eine soziale und klimaverträgliche Wohnraumversorgung in Städten| 18. August 2020:

Organisiert durch die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform und unter der Moderation von Prof. Dr. Gesine Schwan diskutierten 16 Akteure über „Die Rolle privater Wohnungsgesellschaften für eine soziale und klimaverträgliche Wohnraumversorgung in Städten“.

Gespräch: Die Rolle privater Wohnungsgesellschaften für eine soziale und klimaverträgliche Wohnraumversorgung in Städten: Grundkonsense | 18. Dezember 2020:

13 Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft sondierten gemeinsam Probleme und Handlungsoptionen für Wohnungsmärkte in Städten. Die Teilnehmer*innen diskutierten über Möglichkeiten, bezahlbaren Wohnraum in angespannten Wohnungsmärkten deutscher Großstädte zu fördern. Insbesondere wurden Grundkonsense diskutiert, die eine mögliche erste Verständigung abbilden könnten.

1.2.3 Weitere Aktivitäten

29. August 2020 | Workshop: Zukunft Für Alle

Die Kontaktbeschränkungen unter Covid-19 erschweren lokale Beteiligung und verstärken gleichermaßen digitale Vernetzung. Ein Workshop der HVGP auf dem Kongress „Zukunft für alle: gerecht. Ökologisch. Machbar“ (organisiert vom Konzeptwerk Neue Ökonomie) diskutierte die derzeitige Problemstellung lokaler Beteiligung unter dem Titel *„Politics of Proximity without Proximity“*, moderiert von unserer Geschäftsführerin Daphne Büllesbach.

06. September 2020 | Open Space zum Thema Wohnen

„Wie wollen wir wohnen?“ – Unter diesem Titel haben wir für den Ehemaligenverein der Stipendiat*innen der Heinrich-Böll-Stiftung am 06. September 2020 einen digitalen Open Space durchgeführt. Das Motto ist Programm: Das Open Space-Format bietet einen offenen Austausch, der die Erfahrungen, Anliegen und Expertisen der Teilnehmenden aufnimmt und ermöglicht ihnen, sich dorthin zu bewegen, wo sie etwas lernen oder beitragen können – Ergebnis: offen. Dass das auch digital klappt, haben die Teilnehmenden aus drei verschiedenen Kontinenten an der Jahrestagung des Ehemaligenvereins unter Beweis gestellt. Auf einem virtuellen Markplatz fanden sich die Teilnehmenden während des dreistündigen Formats zu Diskussionen über die Vereinbarkeit von Arbeit und Wohnen, „Stadtflucht“, das Leben auf dem Land, alternativem Bauen oder Mietmodellen zusammen.

2. Förderung von Transparenz und Partizipation durch globale Multi-Akteurs-Partnerschaften

Ziel der HUMBOLDT-VIADRINA ist es, demokratische Prozesse und passende Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt fördern. Weiterhin soll die Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren gefördert werden, um Verständigung durch einen argumentativen Austausch zugunsten nachhaltiger Politik zu ermöglichen und Transparenz, demokratische Partizipation und Verantwortlichkeit der Bürger zu stärken.

Wir konzentrieren uns dabei insbesondere auf die beiden Good Governance-Grundprinzipien **Transparenz** der Entscheidungen und **Partizipation** derjenigen, die Entscheidungen unterworfen sind. Beide Grundprinzipien spielen als identitätsstiftende, vertrauensbildende und gemeinschaftlichkeitsfördernde Elemente eine herausragende Rolle

Unser Verständnis von Good Governance geht normativ von verfassten Demokratien aus, deren Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse durch neue Akteure und Verfahren ergänzt werden müssen, um die Prinzipien Verantwortlichkeit, Transparenz und Partizipation wirksamer umzusetzen. Im politischen Bereich müssen auf allen Ebenen im vorstaatlichen Raum Verständigungsprozesse dafür sorgen, dass die repräsentativ-demokratisch legitimierten Entscheidungen transparenter, kompetenter und gerechter ausfallen, um der gleichen Würde aller Menschen – dem normativen Fundament von Demokratien – besser zur Wirksamkeit zu verhelfen. Als effektiv und erfolgreich dafür haben sich argumentative Auseinandersetzungen – „Deliberation“ und „antagonistische Kooperation“ – zwischen staatlicher Politik, Vertretern des Unternehmenssektors und der organisierten Zivilgesellschaft (einschließlich Gewerkschaften und Kirchen) herausgestellt. Zugleich soll die Wissenschaft ihre Einsichten in diese Auseinandersetzung einspeisen und Medien für die Kommunikation dieser Verständigungsprozesse sorgen.

Good Governance ist kein abgeschlossenes Modell, sondern lernt aus Erfahrungen und entwickelt sich immer weiter, um dem Ziel der gleichen Würde aller Menschen global zur Durchsetzung zu verhelfen.

Die Förderung der Good Governance und des demokratischen Staatswesens möchten wir durch verschiedene Projekte unterstützen, die jeweils einen Multi-Akteurs-Ansatz verfolgen. Durch das Zusammenbringen der unterschiedlichen Positionen der verschiedenen Akteure können sie neue Lösungshorizonte eröffnen, gegenseitiges Verständnis fördern und Lernprozesse anregen. Sie bieten die Chance, festgefahrene gesellschaftliche Debatten aufzubrechen und die Problemdefinition aus einer stärker integrierten Sicht zu betrachten.

2.1 Förderung von Transparenz und Partizipation in der globalen marinen Fischerei

Das Verständnis für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Fischerei ist mittlerweile weit verbreitet. Die damit verbundenen Vorteile umfassen nicht nur wirtschaftliche, soziale und ökologische; eine vorausschauende Fischerei- und Ressourcennutzungspolitik leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit. Länder auf der ganzen Welt engagieren sich daher in nationalen, regionalen und globalen Initiativen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt der Meere und unterstützen den Fangfischereisektor bei der Bereitstellung von Einkommen und Nahrungsmitteln für Millionen von Menschen.

Die Wichtigkeit des Fischereisektors wird auch durch die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen widergespiegelt. Ziel 14 (Leben unter dem Wasser) lautet „Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen."

Für eine nachhaltige Entwicklung der Fischerei gibt es viele Möglichkeiten; es besteht jedoch Einigkeit darüber, dass die öffentliche Verfügbarkeit glaubwürdiger Informationen ein wesentlicher Bestandteil ist. Diesem Ziel hat sich die von uns initiierte Fisheries Transparency Initiative (FiTI) verschrieben. FiTI ist eine globale Multi-Akteurs-Partnerschaft zur Stärkung von Transparenz und Partizipation für eine nachhaltige Fischerei.

Die der FiTI zugrundeliegende Überzeugung (Theory of Change) besteht darin, dass die öffentliche Bereitstellung von Informationen hinsichtlich des Managements der nationalen, marinen Fischerei die Nachfrage nach Rechenschaftspflicht anregt und somit zu einer besseren und demokratischeren Entscheidungsfindung in der Fischerei- und Ressourcennutzungspolitik führen wird. Jedoch wird die Verbesserung von Transparenz nur zu echten Veränderungen führen, wenn die öffentlich bereitgestellten und zugänglichen Informationen auch als glaubwürdig angesehen werden.

Daher basiert FiTI auf einer eindeutigen Multi-Akteurs-Orientierung:

- Auf *nationaler Ebene* wird FiTI in teilnehmenden Ländern durch Multi-Akteurs-Gruppen umgesetzt, die sich aus Vertreter*innen der nationalen Regierung, der Wirtschaft (industrielle Fischerei und Kleinfischer) und der organisierten Zivilgesellschaft zusammensetzen. Jedes teilnehmende Land wird auf Basis eines festgelegten Prozesses (gemäß dem FiTI Standard) regelmäßig über den Stand der öffentlich zugänglichen Informationen berichten und bei Bedarf Verbesserungen an der Transparenz und Partizipation herbeiführen.

- Auf *internationaler Ebene* wird FiTI durch ein Multi-Akteurs-Verwaltungsrat geleitet, was sich ebenfalls aus internationalen Vertreter*innen von Regierungen, Wirtschaft und der organisierten Zivilgesellschaft zusammensetzt. Die FiTI „gehört" also keiner eigenen Organisation oder Akteursgruppe alleine – sie ist eine Multi-Akteurs-Partnerschaft im Sinne der Vereinten Nationen Nachhaltigkeitsziele.

Wir haben auch in 2019 wieder das Internationale Sekretariat der Initiative gestellt. Neben der kontinuierlichen Fortführung der Implementierungsarbeiten in den ersten Ländern, wie etwa Mauretanien, Senegal und Seychellen lag der Schwerpunkt jedoch in der Definierung und operativen Gestaltung eines organisatorischen und legalen Handlungsrahmen für die legale Institutionalisierung des FiTI Internationalen Sekretariats auf den Seychellen (als globale Mitgliedsorganisation).

Der Höhepunkt in diesem Jahr war die offizielle Eröffnung des Internationalen Sekretariats der FiTI am 28. Mai 2019 in der Hauptstadt der Seychellen, Victoria. An der Zeremonie nahmen der Staatspräsident der Seychellen, Danny Faure, Vizepräsident Vincent Meriton, Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Corps sowie nationale und internationale Interessenvertreter des Fischereisektors teil. Die Eroeffung folgte auf eine Zusage, die Vize-Praesident Meriton im Namen der Seychellen auf der "Our Ocean Conference 2018" in Bali, Indonesien, gegeben hat.

Darüber hinaus wurde Ende 2019 noch eine weitere wichtige Zukunftsentscheidung getroffen: Frau Dr. Valeria Merino wurde als neue Vorsitzende des Internationalen Verwaltungsrates der FiTI gewählt. Dr. Merino wird zunächst für eine Amtszeit von 3 Jahren, beginnend am 01. Januar 2020, die Nachfolge von Prof. Dr. Peter Eigen antreten, der das FiTI initiiert hat und seit April 2017 den Gründungsvorsitz inne hatte. Frau Dr. Merino, geboren in Ecuador und derzeit in Washington D.C. lebend, hat sich in den letzten 30 Jahren ihrer beruflichen Laufbahn für einen Systemwandel in Bereichen wie Transparenz, Korruptionsbekämpfung, Demokratie und nachhaltige Entwicklung eingesetzt.

Auch 2019 konnten wir wieder über weite Strecken auf eine finanzielle Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zurückgreifen. Dazu kam im Juli 2019 eine Zusage der US-Amerikanischen Gordon and Betty Moore Foundation zur Förderung der FiTI in Afrika und Lateinamerika. Die Zusage umfasst einen Zeitraum von 2 Jahren (Juli 2019 – Juni 2021) sowie ein Fördervolumen von 779.000 USD.

Mit der feierlichen Eröffnung und der darauffolgenden, in 2019 abgeschlossenen operativen Übergabe, der Ernennung einer neuen Verwaltungsratsvorsitzenden sowie einer finanziell-gesicherten Basis durch die Förderung der Moore Foundation, konnten wir unser initiales Ziel, die FiTI auf solide und eigenständige Beine zu stellen, erfolgreich abschliessen. Wir wünschen der Fisheries Transparency Initiative (FiTI) in ihrer neuen Heimat und bei den kommenden wichtigen Aufgaben weiterhin viel Erfolg.

www.fiti.global

2.2. Förderung von Transparenz des Klimahandelns der G20-Staaten

Climate Transparency

Um die Folgen des globalen Klimawandels zu minimieren, ist eine schnelle Dekarbonisierung durch ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen von Staaten unabdingbar. Die Umsetzung des Pariser Abkommens und die Analyse der nationalen Klimabeiträge (NDCs) erfordern ein transparentes Monitoring System. Erhöhte Transparenz von Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere durch unabhängige evidenzbasierte Assessments, kann zur Bewusstseinsstärkung und erhöhtem Handlungsdruck beitragen.

Eine schnelle Dekarbonisierung erfordert eine starke Führungsrolle von Regierungen – die G20, verantwortlich für drei viertel der globalen Treibhausgase, ist hier die wichtigste Ländergruppe. Die Covid-19 Pandemie stellt seit Anfang 2020 eine zusätzliche Herausforderung für Klimamaßnahmen. Obwohl die Lockdowns zu einer Reduktion der Emissionen geführt haben, gab es gegen Endes des Jahres einen schnellen Rebound. Viele Ländern haben Corona Hilfspakete eingeführt. Nicht viele enthalten signifikante Maßnahmen zur nachhaltigen Minderung der Treibhausgase (‚Green Recovery'). Auch die Verschiebung der jährlichen UN-Klimakonferenz (COP26) auf das Jahr 2021 sowie die G20 Präsidentschaft von Saudi-Arabien hat zur Entschleunigung globaler Klimamaßnahmen geführt.

Transparenz verbessern: Gemeinsames Handeln verlangt gemeinsame Referenzrahmen und erhöhte Transparenz. Um dies zu erreichen, vereint Climate Transparency die wichtigsten Klima-Assessments und

Expertise verschiedener Institutionen aus G20 Ländern in dem jährlich erscheinenden Climate Transaprency Report (früher „Brown to Green Report“). Gemeinsam zeigen Experten anhand von unabhängigen, vergleichbaren und umfassenden Daten (ca. 100 Indikatoren) auf, wie weit der Umbau von der fossilen zur grünen Wirtschaft in den einzelnen G20 Ländern fortgeschritten ist und vergleicht die Klimaschutz sowie in 2020 die Corona Hilfspackete der G20 Länder. Der Bericht enthält anschauliche Informationen zu die Adaptation, Emissionsminderung, und Finanzen. Der Bericht wurde auch 2020 mit eine umfangreichen Medienstrategie und Briefings von Regierungsvertretern der G20 Länder unterstützt.

Einfluss von Assessments auf Klimapolitik steigern: Mithilfe dieser Informationen möchte Climate Transparency das Bewusstsein auf nationaler und internationaler Ebene stärken und den Handlungsdruck bei politischen Entscheidungsträgern und einflussreichen Akteuren aus der Zivilgesellschaft und dem Finanzsektor erhöhen. Informationsveranstaltungen, Workshops, Medienarbeit sowie gezielte Briefings (in 2020 vor allem digital) in verschiedenen G20 Ländern sollen die nationale Klimadebatte über den internationalen Vergleich anregen.

Co-Chairs der Initiative: Alvaro Umaña (ehemaliger Umweltminister Costa Ricas) und Peter Eigen (Humboldt-Viadrina Governance Platform).

Internationales Sekretariat: HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform in Kooperation mit Climate Analytics gGmbH.

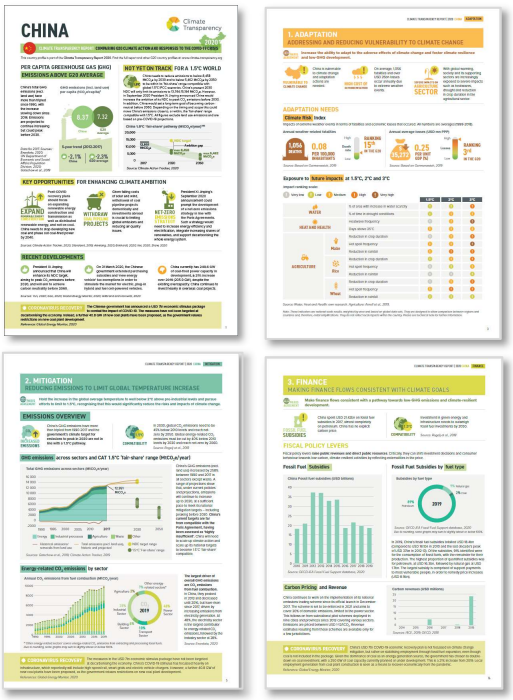
Partner 2020: Centro Clima (Brasilien), Climate Analytics (Deutschland/Australien), Energy Systems Research Group (Südafrika), Energy Research Institute (China), Fundación Ambiènte y Recursos Naturales (Argentinien), Initiativa Climática de México (Mexiko), Institute for Essential Service Reform (Indonesien), Institute for Global Environmental Strategies (Japan), Institute for Sustainable Development and International Relations (Frankreich), Germanwatch (Deutschland), NewClimate Institute (Deutschland), Overseas Development Institute (Großbritannien) and The Energy and Resources Institute (Indien).

Förderer 2020: Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU - IKI), ClimateWorks Foundation, European Climate Foundation, World Bank Group

Der Climate Transaprency Report 2020 und dazugehörigen 20 Länderprofile sind u.a. auf Climate Transparency Webseite verfügbar. Erstmals sind auch Profile drei weiterer Länder – Kolumbien, Nigeria und Philippinen – verfügbar.

www.climate-transparency.org

Eindrücke aus dem Climate Transparency Report 2020:



Was hat Climate Transparency 2020 erreicht?

Der Climate Transparency Report wurde in 3 kurze thematischen internationalen Launch Webinars und in nationale Webinars in Partnerländern (Argentinien, Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika) vorgestellt und diskutiert. Zudem wurden mehrere virtuelle Briefings mit Regierungsvertretern und G20-Stakeholdern durchgeführt. 2020 wurden somit insgesamt fast 1000 **wichtige Akteure aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft gezielt erreicht**.

Ungefähr **600 Medien in 44 Ländern** berichteten 2020 über den Climate Transparency Report. Somit wurden zusätzlich rund **1 Milliarde Menschen** für die Klima-Performance der G20 Staaten und notwendige Maßnahmen zur Limitierung der Erderwärmung informiert.

Die **Indikatoren** zur Bemessung der Klima-Performance der G20-Staaten im Climate Transparency Report wurde **von 14 Partnerorganisationen weiterentwickelt**.

Im Rahmen der Arbeit der internationalen Partnerschaft sind **folgende Aktivitäten in 2020** hervorzuheben:

- Virtual Partners Planning Workshop mit allen Climate Transparency Partnern und zusätzlichen Experten Mai 2020.

- Im März 2020 haben die Partner aus Südafrika, Indonesien und Mexiko drei Veranstaltungen organisiert und Policy Papiere zum Thema die Dekarbonisierung des Verkehssektors präsentiert und diskutiert.

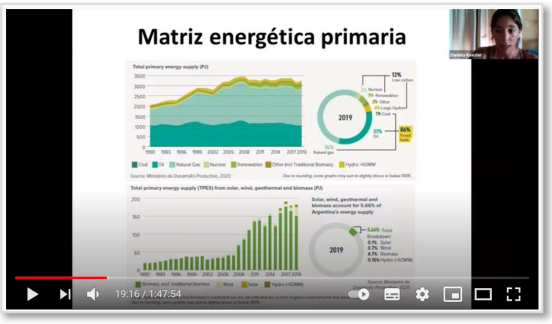
- Gefördert von der Weltbank wurde der NDC Transparency Check entwickelt – ein Tool welches die Qualität des NDCs anhand des Katowicze Rulebooks des Paris Agreements bewertet. Die NDCs der G20 wurden bewertet. In Zusammen mit der Weltbank ein Webinar über den NDC Transparency Check organisiert um das Tool einer breiteren Fachöffentlichkeit vorzustellen.

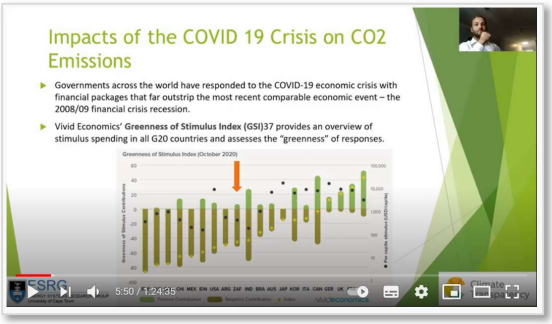
- Climate Transparency hat zusammen mit dem Partner aus Japan – IGES – am 18 Dezember 2020 das erste von der Reihe von drei Webinaren zum Kohleausstieg in Asien organisiert.

Gerd Leipold
Aleksandra
Pia Gleich
Deborah Ramalope
Sebastian Weg...
PEigen
Kim Coetzee
Jan Burck
Bert Metz
Angela (ODI)
Anne Olhoff
Fabby Tumiwa
Bryce McCall
William Wills
Tamura Kentaro
Alvaro
Jazmín Rocco P...
Catrina Godinho
Lola VALLEJO
Jorge
charlenewatson
Kejun Jiang
MarianaG-Mx
Thomas Spencer
Doree Marentet...

CLIMATE TRANSPARENCY REPORT | 2020
Comparing G20 climate action and responses to the COVID-19 crisis
LAUNCH EVENT
G20
Gerd Leipold, Deborah Ramalope, Catrina Godinho, Joojin Kim, Mariana Gutiérrez Grados
0:41 / 30:49

CLIMATE TRANSPARENCY REPORT | 2020
Análisis comparable de la acción climática y respuestas ante COVID 19 del G20
G20
Iniciativa Climática de México
Resultados de México en el Reporte
Seminario en línea
30 Noviembre 2020
2:08 / 1:58:35


Matriz energética primaria
19:16 / 1:47:54


Impacts of the COVID 19 Crisis on CO2 Emissions
Governments across the world have responded to the COVID-19 economic crisis with financial packages that far outstrip the most recent comparable economic event – the 2008/09 financial crisis recession.
Vivid Economics' Greenness of Stimulus Index (GSI)37 provides an overview of stimulus spending in all G20 countries and assesses the "greenness" of responses.
Greenness of Stimulus Index (October 2020)
5:50 / 1:24:35

2.3 Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Europa als gemeinsame kommunale Entwicklung

Europa braucht dringend eine mittel- und langfristige Strategie, die nicht die Ankunft von Schutzsuchenden als Bedrohung und Krise versteht, sondern Grundrechte schützt. Ein dezentraler, partizipativer und kommunaler Ansatz in der Asyl- und Flüchtlingspolitik könnte der EU zu einem positiven Neubeginn verhelfen, indem er die Aufnahme von Geflüchteten nicht als Belastung, sondern als Möglichkeit für eine nachhaltige Entwicklung begreift.

Im Projekt „Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Europa als gemeinsame kommunale Entwicklung“ zielen wir darauf ab, die EU-Flüchtlingspolitik zu dezentralisieren. Unser Konzept sieht verschiedene Instrumente vor: Durch zusätzliche Mittel, beispielsweise aus einem EU-Fonds, soll den Kommunen mehr Gestaltungsspielraum ermöglicht werden. Bei einer freiwilligen Ansiedlung in aufnahmewilligen Kommunen könnten durch ein Matching-Verfahren sowohl die Interessen der Kommunen als auch der Geflüchteten respektiert werden. Gemeinden, die freiwillig Geflüchtete aufnehmen, sollten neben den Kosten für Aufnahme und Integration auch zusätzliche Mittel in gleicher Höhe für die eigene kommunale Entwicklung erhalten. Der Antrag für Mittel aus einem EU-Integrations- und Entwicklungsfonds sollte von Kommunalen Entwicklungsbeiräten vorbereitet werden. Durch die Einbindung der verschiedenen Stakeholdergruppen auf lokaler Ebene hätte die Empfehlung zur Aufnahme eine breite Legitimation. Zudem würde die Verantwortung geteilt werden, da sich viele verschiedene Akteur*innen beteiligen.

Förderer 2020: Schöpflin Stiftung

Auszug aus den Aktivitäten im Jahr 2020:

- Weitere Ausarbeitung eines Konzepts zur EU-Flüchtlingspolitik mit dem konkreten Vorschlag für einen EU Integrations- und Entwicklungsfonds, der die Aufnahme von Geflüchteten mit einer Partizipations- & Investitionsinitiative auf kommunaler Ebene verbindet;
- Vorstellung dieses Konzepts auf diversen öffentlichen Veranstaltungen und in den Medien;
- Aufbau eines transnationalen Netzwerkes aus zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Städtevertreter*innen, das sich für eine menschenrechtsbasierte EU-Flüchtlingspolitik mit Städten und Kommunen im Zentrum einsetzt (siehe ausführlicher unten);
- Vernetzungstreffen zur Abstimmung einer gemeinsamen Advocacystrategie in Deutschland und Europa (siehe ausführlicher unten);

- Öffentlichkeitsarbeit zur progressiven Rolle von Städten in der EU-Flüchtlingspolitik mit einer Reihe von öffentlichen Webinaren und geplanter Abschlusskonferenz in Palermo im Juni 2021 (ursprünglich Juni 2020, aber aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie verschoben);
- Workshopreihe mit deutschen Kommunen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft zur Etablierung von kommunalen Entwicklungsbeiräten zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten als gemeinsame kommunale Entwicklung (siehe nächster Abschnitt);
- Vorbereitung eines Demonstrationsprojekts zu kommunalen Entwicklungsbeiräten zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten als gemeinsame kommunale Entwicklung mit europäischen Partnerländern (siehe nächster Abschnitt).

Fortsetzung der Workshopreihe „Aufnahme und Integration von Geflüchteten als Teil einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie“ in Kooperation mit dem Land Niedersachsen

Die Workshopreihe entstand in enger Kooperation mit dem Land Niedersachsen. Zielsetzung der Workshopreihe war es sich Feedback zum Projektkonzept von unterschiedlichen kommunalen Stakeholdern einzuholen. Zudem sollte der Dialog und die Verständigung zwischen der lokalen Verwaltung und der Zivilgesellschaft gefördert werden.

Nach zwei Workshops im August und November 2019 fand der dritte Workshop im Februar 2020 in der Landesvertretung Niedersachsen beim Bund in Berlin statt.

Als Ergebnis der Workshopreihe wurde mit ausgewählten Teilnehmenden ein gemeinsamer Projektantrag für eine Förderung durch die *Joint Programming Iniative Urban Europe* mit weiteren europäischen Pilotkommunen entwickelt und eingereicht. Der Projektantrag war in der ersten Runde erfolgreich, wurde in der zweiten Runde jedoch nicht zur Förderung ausgewählt. Zudem ging aus der Workshopreihe der Bericht „Kommunale Entwicklungsbeiräte“ hervor, der die Ergebnisse der Diskussionen festhält sowie das Format der Kommunalen Entwicklungsbeiräte detailliert vorstellt.

Vernetzung der deutschen und europäischen Zivilgesellschaft zum Thema Kommunale Aufnahme und Integration von Geflüchteten

Im März 2020 organisierten wir gemeinsam mit der Diakonie, der Evangelischen Kirche und der Seebrücke ein Vernetzungstreffen der deutschen Zivilgesellschaft rund um das Thema kommunale Aufnahme und Integration von Geflüchteten. An diesem Treffen nahmen circa 30 Personen aus rund 25 NGOs, Wohlfahrtsverbänden, Wissenschaft, Stadtverwaltungen und Politik teil. Als Ergebnis des Vernetzungstreffens der deutschen Zivilgesellschaft entstand in Zusammenarbeit mit Autor*innen weiterer Organisationen das Papier „Handlungsoptionen zur Stärkung der Kommunen in der Aufnahme von Geflüchteten und der Einwanderungspolitik“.

Im Jahr 2020 haben wir außerdem in Europa ein Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen Organisationen,Graswurzelbewegungen und kommunalen Vertreter*innen aufgebaut (*From the Sea to the City*). Das Konsortium besteht aus der Stadt Palermo, Seenotrettungsorganisationen aus drei Ländern (Deutschland, Spanien und Italien), etablierten NGOs wie *Emergency* sowie den Graswurzelbewegungen *Seebrücke* und *Europe Must Act*.Mit *From the Sea to the City* haben wir eine Allianz aus sehr unterschiedlichen Akteur*innen gebildet. Dies entsteht aus unserer Überzeugugn heraus, dass durch eine

große Vielfalt an Perspektiven bessere und kreativere Lösungsmöglichkeiten entstehen um komplexe und vielschichtige gesellschaftliche Heraussforderungen zu bewältigen. Damit können tatsächliche gesellschaftliche Veränderungen angestoßen werden. Die gemeinsame Arbeit und Koordination im Netzwerk schaffen außerdem Synergien, erhöhen die Wirksamkeit und stärken durch Austausch und Reflexion die Resilienz und Motivation der handelnden Akteur*innen.

Gemeinsam mit dem Konsortium haben wir eine Reihe öffentlicher Webinare organisiert, insbesondere die Veranstaltung „Which way forward in Europe? EU Funding for a solidary migration“. Aus dieser Reihe entstand ein Bericht mit Handlungsempfehlungen und Best-Practice Beispielen: „From the Sea to the City. Ideas and Best Practices for a Welcoming Europe“. Zudem organisierten wir zwei europaweite Vernetzungstreffen mit Akteur*innen aus acht Ländern und über 20 Organisationen mit dem Ziel die Advocacyarbeit transnational abzustimmen.